

Tiefensee lehnt Forderung nach Pkw-Maut ab

*Vorstoß aus Bayern /
Reduzierung der Kfz-Steuer*

BERLIN. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee hat neuen Vorstößen aus der großen Koalition für eine Pkw-Maut eine Absage erteilt. „Ich lehne das ab, die Pkw-Maut ist für mich kein Thema“, erklärte der SPD-Politiker gestern in Berlin. Zuvor hatten sich Politiker von Union und SPD offen für die Einführung gezeigt.

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) bezeichnete eine Pkw-Maut als mögliches Mittel gegen unerwünschten Tanktourismus. CSU-Generalsekretär Markus Söder sagte der Bild am Sonntag, seine Partei werde einen entsprechenden neuen Vorstoß machen. Eine Pkw-Maut sei gerecht, da in zahlreichen anderen europäischen Ländern Autofahrer zur Kasse gebeten würden. Um eine stärkere finanzielle Belastung deutscher Autofahrer zu vermeiden, müssten Mineralöl- oder Ökosteuer deutlich gesenkt werden, forderte Söder.

Ausweichverkehr befürchtet

Auch der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Wend, sagte, er würde sich der Idee nicht verschließen. Er halte sie allerdings in dieser Legislaturperiode noch nicht für umsetzbar. Andere Belastungen, etwa die Kfz-Steuer, müssten reduziert werden.

Tiefensee nannte die Argumente eindimensional. „Eine Pkw-Maut zöge dramatische Ausweichverkehre nach sich. Dies hätte erhebliche Auswirkungen auf den nachgeordneten Straßen.“ „Wer die Pkw-Maut einführen und gleichzeitig die Mineralölsteuer im gleichen Umfang senken will, wird keine Mehreinnahmen für den Straßenbau erreichen“, sagte der Minister.

Der stellvertretende SPD-Fraktionschef Ulrich Kelber zeigt sich offen für eine Pkw-Maut, forderte aber die CSU und die bayerische Landesregierung auf, einen konkreten Vorschlag vorzulegen. „Herr Söder

hat seltsamerweise noch nicht gelernt, dass er auf Bundesebene in der Regierung ist. Wenn man in der Regierung was haben will, muss man ein Konzept vorlegen“, sagte Kelber der Berliner Zeitung. Mit Blick auf die wiederholten Mautforderungen aus Reihen der CSU verlangte Kelber eine Bundesratsinitiative aus München. Dabei müsste vor allem geklärt werden, ob die Mehrkosten eines Mautsystems gegenüber der Kraftfahrzeugsteuer von den Autofahrern oder den Ländern getragen werden sollen.

Zudem müsse aufgezeigt werden, wie Verkehrsverlagerungen auf Nebenstraßen umgangen werden sollen. „Die Gefahr zusätzlichen Ausweichverkehrs ist – vor allem in den Ballungsräumen – größer als bei der Lkw-Maut“, sagte Kelber. Die Grundidee einer Pkw-Maut sei jedoch richtig. Es sei richtig zu belasten, wenn ein Auto fährt und nicht, wenn es steht. (sch./AP)